



Stadt Steinheim Bau- und Planungsausschuss

Niederschrift

über die 1. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Steinheim -des am 30.08.2009 gewählten Rates- am 08.12.2009 im Rathausaal

Zu der auf heute, 18.30 Uhr, ordnungsgemäß geladene Sitzung des Bau- und Planungsausschusses der Stadt Steinheim sind die untenstehend aufgeführten Ausschussmitglieder in beschlussfähiger Anzahl erschienen.

Sitzungsbeginn: 18.30 Uhr

Sitzungsende: 21.30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender:

Ratsherr Andreas Rohde

Die Mitglieder:

Ratsherr Bernd Behling

Ratsherr Bernd Drengk

Ratsherr Antonius Festing

Ratsherr Wilhelm Freitag

Ratsherr Georg Hannibal

Ratsherr Michael Klahold

Ratsfrau Gisela Lause für Ratsherrn Jürgen Unruhe

Sachkundiger Bürger Josef Lücking

Sachkundige Bürgerin Marianne Mann

Ratsherr Hubert Ostermann

Ratsherr Manuel Tavares

Sachkundiger Bürger Wolfgang Werner

Von der Verwaltung nehmen teil:

StAR Friedhelm Borgmeier

Dipl.-Geogr. Eberhard Fischer bis TOP A 3

Dipl.-Ing. Alexander Frewer

Dipl.-Ing. agr. Ralf Kleine bis TOP A 3

Dipl.-Ing. Therese Meier

Als Gäste sind anwesend:

Herr Dipl.-Ing. Detlef Sönnichsen v. Ing.-Büro Sönnichsen zu TOP A 3

Herr Dipl.-Ing. Bjoern Christ v. Umweltinstitut Höxter zu TOP A 3

Sachkundiger Bürger Johannes Versen bis TOP A 3

A. Öffentliche Sitzung

Der neue Ausschussvorsitzende Rohde begrüßt zunächst die anwesenden Ausschussmitglieder, Gäste, Vertreter der Presse und der Verwaltung und wünscht dem Ausschuss für die kommenden fünf Jahre gutes Gelingen.

1. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger und der stellvertretenden sachkundigen Bürger

Folgende sachkundige Bürger werden durch den Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses, Herrn Andreas Rohde, in ihr Amt eingeführt und verpflichtet:

Sachkundiger Bürger Josef Lücking
Sachkundige Bürgerin Marianne Mann
Sachkundiger Bürger Johannes Versen

2. Bestimmung eines Schriftführers und seines Stellvertreters für die Sitzungen des Bau- und Planungsausschusses

Zum Schriftführer des Bau- und Planungsausschusses wird Herr Dipl.-Ing. Alexander Frewer bestellt. Frau Dipl.-Ing. Therese Meier wird zu seiner Vertreterin bestellt. Die Bestellung erfolgt einstimmig.

3. Hochwasserschutz im Stadtgebiet Steinheim; hier: Vorstellung der Zwischenergebnisse durch das Ing.-Büro (B.u.PI.A. v. 26.08.2008 TOP A 6, 20.10.2008 TOP A 2, 01.04.2009 TOP A 9, 12.05.2009 TOP A 1)

Die Herren Sönnichsen und Christ stellen anhand einer Präsentation die bisher ermittelten Grundlagen und Konzepte vor. Die Präsentation wird den Fraktionen zugesandt.

Im Anschluss an die Vorstellung der Zwischenergebnisse werden zahlreiche Fragen des Ausschusses beantwortet.

Der weitere Ablauf wird so beschrieben, dass nunmehr Gespräche mit den Wasser- und Landschaftsbehörden geführt werden, bevor der Ausschuss wieder informiert wird. Der zeitliche Ablauf für die Umsetzung einzelner Ansatzpunkte ist abhängig vom Verfahren, Geld und der Bereitschaft aller Beteiligten. Kurzfristig können Unterhaltungspläne, Begehungen mit dem Bauhof und Infoblätter für die betroffenen Anlieger helfen.

Chancen in Sachen „Papiermühle“ etwas erreichen zu können sieht Herr Sönnichsen, da mittlerweile das Instrument geschaffen wurde, die Wasserrechte abzulösen. Das heißt, es wird eine Wirtschaftlichkeitsberechnung auf 20-30 Jahre aufgestellt und der ermittelte Betrag kann den Inhabern angeboten werden.

Die Sitzung wird unterbrochen, um anwesenden Zuhörern die Möglichkeit zu geben, sich zu diesem TOP zu äußern.

Herr Ahls weist auf die Probleme des Wiegandschen Hofes hin. Die Verwaltung entgegnet ihm, dass dieser Bereich bei einer ersten Einschätzung als nicht relevant eingestuft wurde und daher im aktuellen Konzept nicht enthalten ist.

Herr Ahls widerspricht, da die Probleme der Nieheimer Straße bei Hochwasser offenkundig seien. Dem wird erwidert, dass bei Umsetzung des Konzeptes sich selbstverständlich auch für diesen Bereich Erfolge einstellen werden. Zudem stellt Herr Sönnichsen heraus, dass dieser Bereich in die Überlegungen noch einbezogen wird.

Die Sitzung wird wieder aufgenommen.

Abschließend stimmt der Bau- und Planungsausschuss der bisher dargestellten Vorgehensweise einstimmig zu und beauftragt Verwaltung und Fachplaner an dem Konzept weiter zu arbeiten.

4. Stadtumbau West

a) Bericht zum Sachstand „Obere Marktstraße“

b) Bericht zum Verkehrskonzept „Innerer Ring“ incl. Fußgängerzone

c) Beschluss zur Fortführung der o.g. Maßnahme

Die Verwaltung stellt zunächst anhand der Beschlussvorlage den Tagesordnungspunkt vor. Im Jahr 2009 hat es intensive Beratungen hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise zur Gestaltung der oberen Marktstraße gegeben. Dabei haben sich die unmittelbar anliegenden Besitzer in verschiedenen Workshops eingebunden. Unerlässlich erscheint es jedoch als notwendig, dass die bereits in den Workshops erarbeiteten Vorschläge in entsprechende städtebauliche Planungen eingearbeitet werden. Daraus resultierend und auf der Basis des Grobentwurfs des Verkehrsentwicklungsplanes ist auch angedacht, eine Einbahnstraßenregelung in der oberen Marktstraße einzurichten. Um ein in sich schlüssiges Verkehrskonzept unter Einbeziehung der daraus resultierenden verkehrlichen Auswirkungen für den inneren Ring und für den Bereich der Bahnhofstraße und der oberen Marktstraße zu ermitteln, soll im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung ein Planungsbüros gefunden werden, das sowohl städtebaulich als auch verkehrstechnisch innovative Lösungen zur Gestaltung des öffentlichen Raumes erarbeitet.

Es soll ein qualifizierter Gestaltungsvorschlag für den Platz rund um den Kump, für den Gesamtbereich von Marktstraße und Detmolder Straße innerhalb des Ringes, sowie für die drei Achsen die das Zentrum an den Bahnhof, das Minipreis-Zentrum und die Flußauen verbindet, aufgezeigt werden. Ein Lösungsansatz soll dabei gefunden werden für den ruhenden Verkehr und die Nutzungsausrichtung der Platzflächen, um die einzelnen Teilräume der derzeitigen Fußgängerzone bzw. Multifunktionsflächen miteinander zu verbinden. Dabei sollte im Bereich der oberen Marktstraße auch das Ziel Beachtung finden, durch eine Neuordnung des Verkehrs Möglichkeiten für eine Außengastronomie zu eröffnen.

Die Büros sollen in einem kombinierten Bewerbungsverfahren zur Angebotsabgabe aufgefordert werden. Nach Vorliegen der Angebote sollen die Büros dann im Rahmen einer Präsentation von einer Empfehlungskommission ausgesucht werden. Der Empfehlungskommission sollen 4 Kommunalvertreter, sowie 5 externe Gutachter beisitzen. Vorschlag der Verwaltung wäre es dabei, als Mitglied der Kommission den Bürgermeister, einen Vertreter des Fachbereichs 4, sowie den Vorsitzenden des Bau- und Planungsausschusses und des Heimatpflege- und Kulturausschusses zu benennen.

Als externe Mitglieder sollte ein Vertreter des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes NRW, der Bezirksregierung Detmold, des Leiters der Innovationsagentur Stadtumbau NRW, eines Professors mit dem Schwerpunkt Städtebau der Fachhochschule Lippe, sowie einem Vertreter der Werbegemeinschaft der IHK oder Gesellschaft für Wirtschaftsförderung benannt werden.

Hinsichtlich der Öffnung der Fußgängerzone, bezüglich der gebotenen Fristsetzungen bleibt festzuhalten, dass eine Fristverlängerung mit der Bezirksregierung vereinbart worden ist, auch auf der Grundlage, dass im Rahmen des Stadtumbau West und der vorgenannten Entwicklung und Gestaltung des öffentlichen Raumes, im Bereich des Ringes Lösungsansätze erarbeitet werden sollen. Diese sollen dann auch Einfluss nehmen in einer Beratung mit der Bezirksregierung, hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise zur Öffnung der Fußgängerzone.

Das Stadtumbauprogramm bietet eine großartige Chance, den städtischen Raum mit zukunftsweisenden Inhalten und einer nachhaltigen Entwicklungsperspektive auszustatten. Dabei sollte an die vorhandenen Stärken der Stadt angeknüpft werden. Das Besondere an Steinheim ist die gute Verkehrsanbindung, insbesondere durch die Bahn, sowie das direkte Nebeneinander von unberührter Natur und städtischem Leben. Auch ein wachsendes hochwertiges gastronomisches Angebot und das rege Vereinsleben tragen erheblich dazu bei, dass man gerne in Steinheim lebt.

Das Untersuchungsgebiet Steinheim-Innenstadt ist das Herzstück des Mittelzentrums und hat seinen Fokus im Bereich des Marktplatzes. Wirtschaftliche Veränderungen in der ehem. "Möbelstadt Steinheim" haben in diesem ländlich geprägten Planungsraum zu demographischen und siedlungsstrukturellen Problemen geführt. Insbesondere durch die Ansiedlung eines Einkaufszentrums im Randbereich der Kernstadt haben sich die Standortbedingungen für den historischen Altstadtbereich zunehmend verschlechtert.

Neben einem hohen Leerstand an Ladenlokalen gibt es auch stadträumliche Probleme. Sanierungs- und Rückbaubedarfe fallen nicht nur an Gebäuden auf, sondern betreffen auch die Freiräume. Während die gepflasterte Fußgängerzone grundsätzlich gefällt, stört das Mobiliar das Flair einer mittelalterlichen Stadt erheblich. Insgesamt fehlt es der funktional sowie gestalterisch heterogenen Innenstadt an klaren Strukturen.

Es liegt nahe, unter Verfolgung eines Reduktionsansatzes ein Thema bzw. ein Gestaltungsleitbild zu entwickeln, welches der vorgefundenen Situation mit ihrem mittelalterlichen Stadtgrundriss Atmosphäre verschafft und gleichzeitig Raum für Aktivitäten zur Belebung des öffentlichen Raumes lässt.

Durch die jahrzehntelange Praxis punktueller gestalterischer Eingriffe ist ein Potpourri an zwar situationsgerechten aber nicht aufeinander abgestimmten Lösungen entstanden. Es stellt sich ein heterogenes Bild des öffentlichen Raumes dar, das es zu beruhigen und zu vereinheitlichen gilt.

Für das im „Ideenteil“ festgelegte Gebiet ist als Grundlage der Umsetzung von Fördermaßnahmen zunächst ein städtebaulicher Entwurf im Maßstab 1:1.000 zu erstellen. Er beinhaltet im wesentlichen Aussagen zur verkehrlichen Neuordnung, zur Impuls gebenden Aufwertung des Stadtraumes an exponierten Orten sowie ein Grün- und Freiflächenkonzept.

Hierin sollten auch Lösungen zur gestalterischen Überwindung der vorhandenen räumlichen Distanzen zum Bahnhof, zum Minipreis-Center sowie zu dem Emmerauen [Erlebnispark] erarbeitet werden. Durch den erweiterten Betrachtungsbereich soll die Integration des Entwurfs in die Stadtstruktur und die weitere Stadtentwicklung gesichert werden, sowie eine stadträumliche Gesamtkonzeption entwickelt werden.

Im Realisierungsteil wird vom Auftraggeber ein qualifizierter Gestaltungsvorschlag für

- den prominenten Platzraum rund um den Kump,
- für den Gesamtbereich von Marktstraße und Detmolder Straße innerhalb des Rings sowie
- für die drei Achsen, die das Zentrum an den Bahnhof, das Minipreis-Zentrum und die

Flussauen anbinden, erwartet.

Ein Lösungsansatz für den ruhenden Verkehr und die Nutzungsausrichtung der Platzfläche ist erforderlich, um die einzelnen Teilräume der derzeitigen Fußgängerzone bzw. Multifunktionsflächen miteinander zu verbinden. Dabei sollte im Bereich der Oberen Marktstraße auch das Ziel Beachtung finden, durch eine Neuordnung des Verkehrs Möglichkeiten für eine Außengastronomie zu eröffnen.

Auszug aus dem Ausschreibungstext zur Entwicklung und Gestaltung des öffentlichen Raums vom 27.11.2009:

4. Zeitrahmen

Für das Projekt ist eine Laufzeit von November 2009 bis Ende Februar 2010 eingeplant

48. KW 2009	Aufforderung zur Angebotsabgabe
51. KW 2009	Abgabe der Angebote
51. KW 2009	Präsentation von Angeboten eingeladener Bieter
52. KW 2009	Sitzung der Empfehlungskommission
02. KW 2010	Beschluss des Bau- und Planungsausschusses und anschließende Beauftragung
08. KW 2009	Erste Zwischenpräsentation
12. KW 2010	Abschließende Präsentation und Diskussionen vor Ort
15. KW 2010	Abgabe der Konzepte

5. Empfehlungskommission

Die Empfehlungskommission soll sich aus 4 kommunalen Vertretern sowie 5 externen Gutachtern zusammensetzen:

Herr Franzke	Bürgermeister der Stadt Steinheim
Ein Mitarbeiter	Fachbereich 4: Planen + Bauen
Herr Rohde	Vorsitzender des Bau- und Planungsausschuss
Frau Bieling	Vorsitzende des Heimatpflege-, Kultur- und Umweltausschuss
Frau Nakelski	Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW
Frau Berger	Bezirksregierung Detmold, Dezernat 35
Herr Froessler	Leiter Innovationsagentur Stadtumbau NRW
Herr Kemper	Kreisverwaltung Höxter, Abteilung Natur, Landschaft und Planen
Frau Disse	Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Höxter
Frau Jux	Werbegemeinschaft Steinheim

6. Teilnehmer

Es werden fünf Büros zur Abgabe eines Angebots eingeladen, deren bisherige Leistungen auf dem Gebiet der Entwicklung und Realisierung innovativer stadträumlicher Konzepte eine qualitativ hochwertige Entwürfe sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber erwarten lassen. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit der federführenden Büros mit Vertretern der Disziplinen Architektur und Verkehrsplanung ist zugelassen.

Im Anschluss an die Ausführungen der Verwaltung stellt der Ausschussvorsitzende Rohde noch einmal heraus, dass der Bau- und Planungsausschuss immer das Gremium sein wird, was letztendlich die Entscheidungen trifft.

Ratsherr Festing erkundigt sich nach den Ergebnissen zur Abfrage der Werbegemeinschaft. Die Verwaltung antwortet, dass es bereits Rückläufer gibt, entscheidende Geschäftsleute allerdings noch keine Antwort gegeben haben und daher noch Klärungsbedarf besteht.

Ratsfrau Lause fragt nach Einzelheiten zur Öffnung der Fußgängerzone und die Ergebnisse aus den Workshops. Sie bemängelt die Informationspolitik der Verwaltung. Dem wird entgegen gebracht, dass die Workshops seinerzeit ein Ergebnis der ersten Beratungen im November 2008 mit den Vertretern der Politik aber auch der betroffenen Bürger waren. Die Ergebnisse aus den einzelnen Workshops sind detailliert im Internet dargestellt. Zudem stand es jedem frei, sich an den Workshops zu beteiligen. Über die Sachstand Fußgängerzone wurde bereits in der letzten Ausschusssitzung informiert. Aufgrund der Tatsache, dass man dieses Thema in Konsens mit der Gesamtsituation in Steinheim sehen muss, hat die Dezernentin der Bezirksregierung einer Fristverlängerung bis zum 31.03.2010 zugestimmt.

Auf die Frage welche Büros sich dem Gremium vorstellen werden, wird darauf verwiesen Namen ggf. im den nichtöffentlichen Teil zu benennen. Grundsätzlich werden sich die Büros aber auch der Dienste von Fachplanern als Nachunternehmer bedienen.

Die Empfehlungskommission hat die Aufgabe, eine Wertung der Büros vorzunehmen, damit dann das ausgewählte Büro vom Bau- und Planungsausschuss den Auftrag erhält. Hierbei soll ganz bewusst auf eine Fachkommission zurück gegriffen werden. Es wird noch einmal ausdrücklich herausgestellt, dass es keinen Wettbewerb um das beste Konzept gibt, sondern einzig und allein die Fachkompetenz des Büros abgefragt wird. Ein Konzept wird erst nach Auswahl des passenden Büros in enger Abstimmung mit dem Bau- und Planungsausschuss erarbeitet.

Ratsherr Hannibal regt an, auch den Vorsitzenden des Bezirksausschusses Kernstadt in die Kommission zu berufen.

Der Ausschussvorsitzende Rohde schlägt darüber hinaus vor, die Kommission dahingehend zu erweitern, dass aus jeder Fraktionen Vertreter dabei sind.

Ratsherr Drengk stellt heraus, dass es wichtig sei, die Fachkompetenz der Fachleute von außerhalb zu nutzen.

Ratsherr Tavares fragt nach der Besetzung der Empfehlungskommission hinsichtlich eines Professors von der FH Lippe, wie ursprünglich angedacht. Da von dort niemand zur Verfügung steht, wurde Herr Kemper vom Kreis Höxter eingeladen.

Der Ausschussvorsitzende Rohde fasst die einzelnen Hinweise zusammen und lässt darüber abstimmen. Danach soll die Auswahlkommission um je ein beratendes Mitglied von den noch nicht beteiligten Fraktionen erweitert werden und darüber hinaus soll auch der Bezirksausschussvorsitzende Kernstadt der Kommission angehören.

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt bei 12 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme, wie vorgetragen zu verfahren.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende Rohde gemäß der Beschlussvorlage abstimmen.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt bei 10 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen der Vorgehensweise hinsichtlich der Ausschreibung zum kombinierten Bewerbungsverfahren zu. Darüber hinaus wird die Zustimmung dahingehend erteilt, dass eine entsprechende Auswahlkommission ein Büro, dass die vorgenannten Gestaltungsvorschläge erarbeitet, auswählen kann.

5. Antrag auf Errichtung eines Schweinemastbetriebes mit Güllehochbehälter „Auf dem Zachel 1“

Die Verwaltung zeigt Lagepläne und informiert darüber, dass der Antragsteller auf der vorgelegten Fläche die Neuerrichtung eines Schweinemaststalles für 1.289 Mastschweine beabsichtigt. Die Beurteilung erfolgt nach § 35 BauGB. Es handelt sich um ein Vorhaben im Außenbereich.

Nach allem bleibt festzustellen, dass das Vorhaben den gesetzlichen Bestimmungen entspricht und daher das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen ist.

Erläuterungsfragen aus den Reihen des Ausschusses werden beantwortet.

Der Bau- und Planungsausschuss beschließt einstimmig bei einer Enthaltung, das gemeindliche Einvernehmen zu dem Vorhaben zu erteilen.

6. Ausweisung einer verkehrsberuhigten Zone in der A.-v.-Droste-Hülshoff-Straße hier: Antrag eines Anwohners (Bez.A. Kernstadt v. 01.12.2009 TOP A 4)

Der Ausschussvorsitzende Rohde verliest den Protokollauszug des Bezirksausschusses:

„Die Ausschussmitglieder sind sich einig das die Ausweisung in eine verkehrsberuhigte Zone nicht zwingend erforderlich ist. Es wird vorgeschlagen diesen Bereich bei der nächsten Verkehrsschau mit einzubeziehen. Manuel Tavares weist Herrn Bürgermeister Franzke ausdrücklich darauf hin, dass der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Bezirksausschusses Steinheim–Kernstadt zukünftig zu den Verkehrsschauen mit eingeladen werden. Bei den letzten zwei Verkehrsschauen wurde dieses vernachlässigt. Bürgermeister Franzke stimmt diesem Vorschlag zu.

Die anwesenden Mitglieder stimmen einstimmig gegen den Antrag und verweisen den Antrag an den Bauausschuss der Stadt Steinheim.“

Der Bau- und Planungsausschuss folgt dem Vorschlag des Bezirksausschusses Kernstadt einstimmig.

7. Beschilderung im Bereich der Tempo 30-Zone im Wiechersweg Bez.A. Kernstadt v. 01.12.2009 TOP A 5)

Der Ausschussvorsitzende Rohde verliest den Protokollauszug des Bezirksausschusses:

„Die Mitglieder des Bezirksausschusses diskutieren diesen Punkt, es gibt die unterschiedlichsten Meinungen. Einige Mitglieder sind der Meinung, dass, wenn man die Spielstrassen in Tempo 30- Zonen umwandelt, eine erhöhte Gefahr für die dort wohnenden Kinder entsteht.

Heinrich Stute schlägt vor, dass man die Anwohner zur nächsten Bezirksausschusssitzung einlädt um sich deren Meinung anzuhören. Der Tagesordnungspunkt 5 wird auf die nächste Sitzung vertagt. Die Verwaltung der Stadt Steinheim soll entscheiden wie die Anwohner über diese Entscheidung unterrichtet werden sollen. Es wurde vorgeschlagen, die betroffenen Anlieger anzuschreiben oder das Steinheimer Mitteilungsblatt hierfür zu nutzen.“

Ratsfrau Lause stellt heraus, dass der ursprüngliche Antrag von der SPD-Fraktion kam. Ratsherr Hannibal bittet darum, dies in das Protokoll mit aufzunehmen.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt dem Vorschlag des Bezirksausschusses Kernstadt einstimmig zu.

8. Verkehrsanordnungen zur Beseitigung übermäßiger Beschilderungen hier: Vorschlag des Fachbereiches 3 – Bürgerservice

Die Verwaltung trägt das Anliegen des Bereiches Bürgerservice vor.

Aufgrund einer Minderung der Bereitschaft zu einer eigenverantwortlichen Beurteilung der Verkehrssituation und der daraus ergebenden Verhaltensweise wurde die StVO zum 01.09.2009 geändert. Daher soll aufgrund einer Verkehrsschau auf den Gemeindestraßen der Stadt Steinheim geprüft werden, ob

1. der Wirtschaftsweg hinter der Möbelstadt, der durch Zeichen 260 „Verbot für Krafträder, auch mit Beiwagen, Kleinkrafträder und Mofas sowie für Kraftwagen und sonstige mehrspurige Kraftfahrzeuge“ mit dem Zusatzzeichen 1026-36 „Landwirtschaftlicher Verkehr frei“ gesperrt ist, wegen fehlender Akzeptanz der Verkehrsteilnehmer geöffnet werden soll.

Die Verwaltung gibt zu bedenken, dass eine Öffnung der Straßen Konsequenzen hinsichtlich Straßenunterhaltung und insbesondere Winterdienst (Verkehrssicherungspflicht) hat. Zudem wird der Verkehr vermutlich massiv zunehmen.

Nach kontroverser Diskussion wird der Punkt zunächst an die Fraktionen verwiesen und soll in einer der nächsten Sitzungen wieder auf die Tagesordnungen genommen werden.

2. der Wirtschaftsweg hinter „Günthers Apfelkämpfen“, der mit den gleichen Verkehrszeichen gesperrt ist, geöffnet werden kann. Evt. bietet sich für diesen kurzen, geraden und übersichtlichen Weg eine Sperrung nur aus einer Richtung an.

Der Ausschussvorsitzende Rohde gibt zu bedenken, dass eine Öffnung der Straßen bedeutet, dass dort 100km/h gefahren werden darf und geprüft werden müsse, ob die Straße für derartige Belastungen überhaupt ausgelegt ist.

Der Punkt wird zunächst an die Fraktionen verwiesen und soll in einer der nächsten Sitzungen wieder auf die Tagesordnungen genommen werden.

3. die Parkplätze an der Bahnhofstraße und weitere Straßen im Nahbereich dürfen werktags von 8.00 bis 19.00 Uhr nur mit Parkscheibe 2 Stunden benutzt werden. Andere Parkplätze in der Stadt Steinheim sind werktags von 9.00 bis 17.00 Uhr mit Parkscheibe zu benutzen. Hierbei wird empfohlen, eine einheitliche Regelung (z.B. von 9.00 bis 18.00 Uhr – Geschäftszeiten –) einzuführen.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Bau- und Planungsausschuss bei 7 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen und einer Nein-Stimme die einheitliche Regelung von 9.00 bis 17.00 Uhr einzuführen.

9. Antrag der UWG-Fraktion

a) Geschwindigkeitsbeschränkung Einmündung Ortseinfahrt Rolfen

Die Verwaltung gibt zunächst den Hinweis, dass Entscheidungsträger der Straßenbaulastträger ist. In diesem Fall, es handelt sich um die B239, ist dies der

Landesbetrieb Straßenbau. Es besteht die Meinung, dass hier eine Geschwindigkeitsreduzierung sinnvoll ist.

Die Sitzung wird unterbrochen, um einem anwesenden Rolfzener Bürger die Möglichkeit zu geben, eine Stellungnahme abzugeben. Anschließend wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Der Bau- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung einstimmig, mit dem Straßenbaulastträger hinsichtlich einer möglichen Geschwindigkeitsreduzierung Kontakt aufzunehmen.

b) Herstellung eines Fußweges in Rolfzen

Anhand von Fotos wird die jetzige Situation vorgestellt. Die Kosten für die Errichtung eines Fußweges werden auf rd. 20.000,- € beziffert. Hauptproblem bei der Umsetzung wird die Einengung im Bereich der Brücke sein. Hier wäre zu prüfen, ob es hierfür überhaupt eine technische Lösung gibt. Ferner ist die Zustimmung des Straßenbaulastträgers erforderlich. Da es sich um die K 4 handelt, ist dies der Kreis Höxter.

Der Ausschussvorsitzende Rohde schlägt aufgrund des örtlichen Bezugs zunächst die Beratung im Bezirksausschuss Rolfzen vor.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt dem Vorschlag einstimmig zu und verweist den Tagesordnungspunkt einstimmig an den Bezirksausschuss Rolfzen.

10. Hinweis auf die Verpflichtung zur Dichtheitsprüfung bei Bauvorhaben

Die Verwaltung stellt dem Bau- und Planungsausschuss das neue Informationsblatt hinsichtlich des Landeswassergesetzes § 61a - Private Abwasseranlagen vor. Dieses wird bei Neubauten den Bauherren im Rahmen der Baugenehmigung durch die Stadt Steinheim übergeben.

Ferner wird angeregt, dem Bürgermeister den Auftrag zu erteilen in der nächsten Bürgermeisterkonferenz dieses Thema dem Landrat vorzustellen, damit auch der Kreis Höxter als Baugenehmigungsbehörde noch intensiver auf die geforderte Dichtheitsprüfung hinweist.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung einstimmig zu.

B. Nichtöffentliche Sitzung

gez. Rohde

gez. Frewer

Vorsitzender

Schriftführer